

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 13.09.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:05 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung

(bis 19:35 Uhr)

Frau Kammeier

Frau Niederfranke

Herr Schön

Herr Weber

SPD

Herr Donath

Frau Gündogdu

Herr Kaufmann

Frau Schneider

Frau Schrader

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Herr Schuster

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz

Integrationsrat

(bis 19:10 Uhr)

Herr Heuer

Beirat für Behindertenfragen

Frau Huber

Seniorenrat

Herr Klein

Psychiatriebeirat

Stellvertretendes Mitglied

Herr Völker

(bis 19:30 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Schulz

Frau Buddemeier
Frau Grau
Herr Feix

Herr Schachtsiek

Frau Bueren

Herr Niekamp

Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt
Gleichstellungsstelle
Amt für Verkehr
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt
Amt für Personal,
Organisation und Zentrale
Leistungen
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt

Gäste

Herr Radloff

Herr Richter
Herr Hartmann

Jobcenter Arbeitplus
Bielefeld
Agentur für Arbeit
AGBI

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie schlägt vor, die Verpflichtung von Herrn Völker als TOP 1 der Tagesordnung vorzunehmen. Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Zu Punkt 1**Verpflichtung von Herrn Völker als stellvertretendes Mitglied der CDU-Fraktion im Sozial- und Gesundheitsausschuss**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt Herrn Völker in seiner ersten Sitzung der Legislaturperiode 2009 – 2014 und verpflichtet ihn nach folgender Formel mit Handschlag:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 2 **Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.06.2011**

Herr Weber legt folgende ergänzende Protokollerklärung zu TOP 1 der Niederschrift vor:

„Herr Weber erklärte für die CDU-Fraktion die nachfolgende Stimmenthaltung wie folgt:

1. Es ist unüblich zu diesem wesentlichen Thema ausschließlich über die Beantragung eines kurzfristig eingereichten Fraktionsantrages zu beschließen (ohne das Vorliegen einer Verwaltungsdrucksache).
2. Die Beauftragung der Verwaltung zur Organisation und Durchführung der notwendigen Kommunikation zwischen den Vertragspartnern (Stadt Bielefeld, Trägervertretern und den Ratsfraktionen) ist seit Mitte 2008 nicht erfolgt. Dementsprechend kann eine kurzfristig beschlossene Vertragsverlängerung nicht mit den seinerzeit vereinbarten Kriterien (z. B. Wirkungsorientierte Steuerung der Leistungen bzw. der Verträge) erfolgen.
3. Auch die Vertreter der Wohlfahrtsverbände müssen sich zu diesen kurzfristigen Verträgen positionieren. Eine ursprünglich konsensual vereinbarte Planungs- und Leistungssicherheit ist hieraus nicht mehr zu erkennen.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion die Verwaltung auf, die notwendige Kommunikation rechtzeitig zu organisieren, damit eine sachgerechte und wirkungsorientierte Steuerung für die folgenden Vertragsabschlüsse gelingen kann.“

Aufgrund der umfangreichen Protokollergänzung wird die Genehmigung der Niederschrift in die nächste Sitzung vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.07.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.07.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 Schuldnerberatung

Zu Punkt 4.1.1 Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2011

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.1.2 Verteilung der freiwerdenden Mittel des Ev. Gemeindedienstes auf die verbliebenen Träger zum 01.07.2011

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2 Bildung und Teilhabe (BuT)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.3 Sanierung der Tiefgarage im Neuen Rathaus

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1 Vermittlung in Leiharbeit durch die Agentur für Arbeit und Arbeitplus (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 09.06.2011)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3039/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld (**Anlage 2**). Frau Geilhaar behält sich Nachfragen in der nächsten Sitzung vor.

-.-

Zu Punkt 5.2 **Überbrückungshilfe für Antragsteller von Leistungen nach dem SGB XII (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 09.06.2011)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3038/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld (**Anlage 3**).

-.-

Zu Punkt 6 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-

Zu Punkt 7 **Theoriereduzierte Ausbildung bei der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2782/2009-2014

Herr Schachtsiek informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Auf Fragen von Herrn Weber, Herrn Heuer, Frau Schneider, Frau Rathsmann-Kronshage und Herrn Buschmann führt Herr Schachtsiek aus, dass die begrenzten Ausbildungsmöglichkeiten auch auf das von der Stadt Bielefeld und den Töchterunternehmen angebotene Ausbildungsspektrum zurückzuführen sei. Darüber hinaus gebe es bei der IHK und der Handwerkskammer noch weitere theoriereduzierte Ausbildungsgänge (**Anlage 4**).

Die Anwesenden äußern ihre Unzufriedenheit mit dem Ergebnis und fordern die Verwaltung auf:

- die finanziellen Mittel für den Ausbildungsbeginn 2012 bereits jetzt sicherzustellen,
- mit mehr Kreativität neue theoriereduzierte Ausbildungsgänge bei der Stadt Bielefeld zu schaffen und
- selbstverständlicheren Umgang mit dem Thema theoriereduzierte Ausbildung.

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass die Erweiterung der Ausbildungsplätze im Entscheidungsbereich des Personal- und Finanzausschusses liegen.

-.-

Zu Punkt 8**Einführung eines Sozialtickets in der Stadt Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2994/2009-2014

Frau Grau erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage. Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass die Einführung des Sozialtickets in Bielefeld im Rahmen eines Pilotprojektes umgesetzt werde. Das finanzielle Risiko, bei ausfallenden Landesmitteln, werde von der Stadt Bielefeld nicht getragen. In der anschließenden Diskussion gibt es zustimmende, kritische und skeptische Beiträge von Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Dr. Schmitz, Herrn Weber, Frau Schneider und Frau Geilhaar.

Beschluss:

1.) Die Einführung des Sozialtickets im ÖPNV in der Stadt Bielefeld wird als Pilotprojekt in Abstimmung mit der moBiel GmbH spätestens ab dem 1.12.2011 unter Anwendung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im ÖPNV NRW (Richtlinien Sozialticket 2011) beschlossen. Das Pilotprojekt ist umgehend einzustellen, wenn eine Verschlechterung der Einnahmesituation der moBiel GmbH bzw. ein Defizitrisiko für die Stadt Bielefeld zu erwarten ist.

2.) Die Erlasslage des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 28. Juli 2011, wonach keine finanzaufsichtlichen Bedenken gegen eine Teilnahme von Nothaushaltskommunen an der Pilotphase besteht, wird zur Kenntnis genommen.

3.) Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Detmold die Fördermittel gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im ÖPNV NRW zu beantragen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9**Leistungsvertrag mit dem Verein Drogenberatung Bielefeld****e.V.:****Zwei zusätzliche Sozialarbeiterstellen für das Drogenhilfzentrum Borsigstraße (DHZ)**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2939/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler und Herr Niekamp informieren über die Entwicklung im Drogenhilfzentrum Borsigstraße und begründen die Aufstockung des Personals um zwei Sozialarbeiterstellen.

Vorsitzende Frau Schrader teilt mit, dass ihr gegenüber noch Beratungsbedarf angemeldet worden sei. Sie schlägt vor, die Beschlussfassung in die nächste Sitzung zu vertagen. Die Anwesenden stimmen dem Vorschlag zu.

-.-.-

Zu Punkt 10 Behindertenfreundliches und seniorenfreundliches Bielefeld - Bericht zum aktuellen Sachstand -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2909/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler dankt Frau Schulz, Frau Krutwage, dem Beirat für Behindertenfragen, dem Seniorenrat und den Trägern für die gute Zusammenarbeit, die zu einer erfolgreiche Umsetzung der Konzepte geführt habe.

Frau Krutwage erläutert die wesentlichen Ergebnisse der Projekte (**Anlage 5**). Fragen von Frau Niederfranke, Frau Schneider, Frau Kammeier und Herrn Kaufmann werden von ihr beantwortet. Die Anwesenden bedanken sich für die gute Zusammenfassung und Schnittstellendarstellung der Konzepte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII Bielefelder Modell zur energetischen Sanierung von Wohnraum (sog. Klimabonus)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2918/2009-2014

Herr Feix informiert über den Inhalt der Vorlage. Auf Fragen von Frau Kammeier, Frau Schneider und Frau Rathsmann-Kronshage führt er aus, dass der Mietmehraufwand in der Regel durch den Klimabonus ausgeglichen werde. Die nach Investitionsmaßnahmen ausgesprochenen Mieterhöhungen bewegen sich derzeit im Klimabonusrahmen. Sollte ein Energieausweis nicht vorgelegt werden können, werde der Klimabonus aufgrund des nachgewiesenen tatsächlichen Verbrauchs gewährt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12 Bericht über die Ergebnisse des Projekts "Bielefeld engagiert", Teilprojekt Nachbarschaftshilfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2887/2009-2014

Frau Bueren berichtet über die Ergebnisse des Projektes. Das auf drei Jahre befristete Projekt laufe zum Ende des Jahres 2011 aus. Entgegen der ursprünglichen Absicht des Bundes die sogenannten Freiwilligendienste dauerhaft weiter zu unterstützen, werde aber vermutlich der Aufbau des neuen Bundesfreiwilligendienstes favorisiert.

Auf Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Schneider und Herrn Klein führt Frau Bueren aus, dass beabsichtigt sei, die im Projekt tätigen Menschen in der „Initiative Nachbarschaft“ aufzunehmen und die Arbeit fortzuführen. Eine Weiterentwicklung aus dem Quartier heraus sei dann aber nicht mehr möglich. Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass dieses Projekt eine freiwillige Leistung sei und im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes nach Ablauf von der Stadt Bielefeld nicht weiterfinanziert werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13

Entwurf eines Gesetzes zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Beigeordneter Herr Kähler verweist in seinen Ausführungen auf die mit der Einladung versandten Unterlagen.

Herr Radloff erläutert die zu erwartenden Gesetzesauswirkungen in den Bereichen Arbeitslosigkeit nach § 16 III SGB III, erwerbsfähige Hilfebedürftige, Bedarfsgemeinschaften und Eingliederungstitel (**Anlage 6**).

Herr Hartmann verliest eine Stellungnahme der AGBI zu den beabsichtigten Mittelkürzungen (**Anlage 7**).

Herr Richter informiert über die Position der Bundesagentur für Arbeit, die im Rahmen der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Arbeit und Soziales am 05.09.2011 eine schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgegeben habe.

Herr Klein teilt mit, dass der Gesetzentwurf skandalöse Auswirkungen auf Maßnahmen für psychisch kranke Menschen haben werde. Deshalb habe er als Vorsitzender des Psychiatriebeirates eine Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf abgegeben.

Die Mitglieder sind sich einig darüber, dass das Gesetz Chancen biete, aber größtenteils zu erheblichen Einschränkungen führen werde.

Hinweis im Nachgang der Sitzung:

Der Bundestag hat am 23.09.2011 den Gesetzentwurf, aufgrund der Empfehlungen des Ausschusses für Arbeit und Soziales, mit kleineren Änderungen beschlossen.

-.-.-

Zu Punkt 14

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.